

7) Integration, Identität und Sprache

Die CSV bekennt sich zu einer offensiven und voluntaristischen Integrationspolitik und unterstreicht Multikulturalität als einen der wesentlichen Aspekte einer offenen Gesellschaft.

Die CSV will Beteiligung und Integration fördern. Nur so kann die Kohäsion verstärkt werden. Die Gesellschaft braucht diese Kohäsion. Die Aufgabe der Politik ist es, die entsprechenden Weichen zu stellen.

Sprache als Integrationsfaktor nutzen

Luxemburgisch ist für uns Integrations- und Kommunikationssprache und einen wichtigen Teil unserer Identität. Zu dieser gehören natürlich auch unsere Mehrsprachigkeit sowie ein pragmatischer Umgang mit dieser Vielfalt im Alltag.

Luxemburgisch fördern heißt also für uns nicht andere Sprachen abwerten.

Integration heißt vor allem Austausch. Sprache ist vor diesem Hintergrund eines der wichtigsten aller verbindenden Elemente. Wir wollen den Menschen deshalb mit besseren Luxemburgisch-Kenntnissen die Integration erleichtern und ein besseres gesellschaftliches Zusammenleben fördern.

- Betriebe, die Sprachkurse anbieten, sollen direkt vom Staat unterstützt werden. Kürzungen von Fördergeldern werden rückgängig gemacht.
- Wir werden bei Änderungen der Grundverträge der Europäischen Union auf die Einführung eines neuen Sprachenstatus der Union einzuwirken versuchen, so dass Luxemburgisch offizielle Sprache der Union sein kann, ohne dass es EU-Amtssprache sein muss (mit obligatorischer Simultanübersetzung und Übersetzung auf Luxemburgisch sämtlicher EU-Reglementierungstexte).
- Die Luxemburger Sprache soll auch bei den Luxemburgern selbst gefördert werden. Wir werden Instrumente stärken, die Spracherlernen und Schreibkompetenz erleichtern.
- Als Zeichen echter und gelebter Integrationspolitik und im Sinne einer verstärkten politischen Mitsprache schlägt die CSV vor, den „Conseil national pour étrangers“ zu revalorisieren und so umzugestalten, dass ausländische Mitbürger sich besser durch den CNE vertreten fühlen.

In den Augen der CSV stellt die Erlangung der luxemburgischen Nationalität den geeigneteren Weg dar, um die Integration der ausländischen Bürger und ihre politische Teilnahme, ohne Wenn und Aber, zu stärken.

Die CSV tritt für eine Gesellschaft ein, in der die Bürger gemeinsam die Zukunft Luxemburgs gestalten. Um dieses Ziel zu erreichen, hatte die CSV eine Gesetzesvorlage im Parlament eingebracht, die den Zugang zur luxemburgischen Nationalität vereinfachen sollte. Die Vorschläge der CSV wurden in einem Regierungstext übernommen, den die CSV unterstützt.

- Die CSV wird Gemeindekommissionen, nationale und lokale Initiativen unterstützen, die im Sinne von mehr Integration und interkulturellem Miteinander wirken zum Beispiel den „Parrainage linguistique“. Auch Schulen sollen bei solchen Aktionen stärker unterstützt werden.
- In der Verfassungsvorlage wird auch die luxemburgische Sprache als Landessprache verankert.

Eine Charta der luxemburgischen Sprache

- Die CSV unterstreicht die Wichtigkeit einer Charta der luxemburgischen Sprache. Diese muss schnellstmöglich ausgearbeitet werden. Alle wesentlichen Akteure müssen bei dieser Initiative eingebunden werden.

8) Ein Maßnahmenpaket für mehr Wohnraum

In letzten Jahrzehnten wurden viele steuerliche und finanzielle Maßnahmen getroffen, die den einzelnen Haushalten halfen sich Wohnraum anzueignen. Diese Anstrengungen konnten aber leider die Anzahl an Wohnungen nicht genügend steigern.

Deshalb bedarf es jetzt einer langfristigen, couragierten und kohärenten Politik auf der Angebotsseite, einer Wohnungsbaupolitik die darauf abzielt Wohnraum zu schaffen und zu mobilisieren. Unsere Wohnungsbaupolitik muss ebenfalls eine hohe Lebensqualität fördern.

Die CSV schlägt dazu folgendes Paket an neuen Maßnahmen vor:

- Die Schaffung von Sozialen-, Alten-, Behindertengerechten und Studentenwohnungen muss unterstützt werden.
- Über einen erneuerten „Pacte logement“ 2.0 und den „Fonds de dotation communale“ sollen die Gemeinden bei der Schaffung von sozialen und bezahlbaren („Coûts modérés“) Mietwohnungen stärker unterstützt werden.
- Wir werden die staatliche Unterstützung im Bereich vom Bau von sozialen Mietwohnungen in den kommenden Jahren erhöhen.
- Eine neue privatrechtliche Gesellschaft, also eine neue Struktur, soll den Gemeinden helfen, sie beraten, begleiten und unterstützen. Die Mission dieser Struktur besteht darin, den Gemeinden auf logistischem Plan, bei der Anschaffung von Bauland über die Planifikation bis hin zur Umsetzung und dem Bau von Wohnungen zu helfen. Diese Struktur kann die Gemeinden zusätzlich bei der Verwaltung der gebauten Wohnungen unterstützen. Ergänzend können auch private Bauträger mit dem Bau von Wohnungen beauftragt werden um dieses Bauland zu erschließen.
- Neue, große und zusammenhängende Flächen an Bauland sollen im Rahmen des „plan sectoriel logement“ festgelegt werden.
- Nach der Ausweisung über den „Plan sectoriel logement“ müssen diese Flächen kurzfristig und zu einem angemessenen Preis in Besitz genommen werden können.
- In diesem Kontext muss dem Staat die Enteignungsprozedur zur Verfügung stehen, die aber nur als letztes Mittel angewendet werden kann. Ausgenommen sind jegliche Immobilien, die für private Zwecke benutzt werden. Auch landwirtschaftlich genutzte Flächen gelten als Ausnahme.
- Wir sind für eine verstärkte Innenverdichtung, vor allem innerhalb neu erschlossener Stadtteile mit einer guten Anbindung an den öffentlichen Transport.
- Wir wollen konkrete Möglichkeiten bei PAG-Erweiterungen vorsehen, die es bei zukünftigen PAG-Abänderungen ermöglichen, zusätzliches Bauland zu erschließen.
- Unbebaute Grundstücke und längerfristig leerstehende Wohnungen innerhalb des vorhandenen Bauperimeters, die aus Spekulationsgründen zurückgehalten werden, sollen über eine national staatlich festgelegte Steuer wesentlich höher besteuert werden.